

«Niemand ist für uns zuständig»

Die Pro Grigioni Italiano (PGI) habe einen starken Rückhalt in Italienischbünden, sagt Präsident Sacha Zala anlässlich des 90-Jahr-Jubiläums. Sie sei mit ihren Aktionen greifbar – «im Gegensatz zum Staat».

Mit Sacha Zala sprach Reto Furter

Herr Zala, die italienischbündnerische Sprachorganisation Pro Grigioni Italiano (PGI), die Sie präsidieren, wird 90 Jahre alt. Man feiert.

Sacha Zala: Eigentlich feiern wir ja nicht wirklich. 90 Jahre, das ist natürlich viel, aber man feiert üblicherweise 75 Jahre, 100 Jahre. Wir sind da also etwas ausserhalb der üblichen Grossjubiläen. Wir feiern also nicht wirklich.

Seit 90 Jahren versucht Ihre Organisation, die Gemeinsamkeiten der vier italienischsprachigen Täler Graubündens zu stärken.

Zala: Das ist unsere Aufgabe, ja. Die idealistischen Gründerpioniere von 1918 beabsichtigten das zu machen, was man in der Geschichtsforschung «invention of tradition» nennt, also die Bildung von Gemeinschaft. Sie wollten unter anderem die historische Forschung fördern und sie wollten der Geschichte auch Glanz und Würde geben, «dar lustro». Jetzt, 90 Jahre später, haben wir diese Gemeinschaft: Italienischbünden existiert!

«Wir sind krass untervertreten.»

Fernando Iseppi, Präsident der Churer PGI-Sektion, sagte kürzlich, die vier Tal-schaften hätten noch heute nur wenig gemein.

Zala: Ich sehe das nicht so. Ich glaube eher, dass wir uns in Richtung einer nicht territorialen Gesellschaft hin bewegen, in der die Mobilität viel stärker ausgeprägt ist. Darin liegt vermutlich auch unsere Chance, die widrigen geografischen Voraussetzungen zu kompensieren. Es ist nicht so entscheidend, ob das Misox in Sachen Abfallentsorgung mit dem Tessin im Süden oder mit dem Rheintal im Norden zusammenarbeitet, das sind praktische Fragen. Wichtig ist aber eine Institutionalisierung beispielsweise im Gerichtswesen. Es ist doch stossend, wenn sich ein Bergeller – mit italienischer Muttersprache nota bene – vor dem Kreisgericht Maloja auf Deutsch verteidigen und seine Eingabe auf eigene Kosten übersetzen lassen muss. Es ist dann sinnvoll, Institutionen zu konstruieren, wenn die Sprache zentral ist.

Trotzdem: 90 Jahre PGI, kaum Gemeinsamkeiten innerhalb Italienischbündens, wie Iseppi sagt. Das ist ernüchternd.

Historiker und ...

... Präsident der Pro Grigioni Italiano (PGI): Sacha Zala leitet seit dem Jahr 2006 die Geschicke der Sprachorganisation Italienischbündens. Daneben arbeitet der 39-Jährige als Dozent für neuere und neuste Geschichte an der Universität Bern und seit kurzem als Leiter des Editionsprojektes «Diplomatische Dokumente der Schweiz». Ebenso ist er Stiftungsrat des «Historischen Lexikons der Schweiz».

Zala ist in Poschiavo aufgewachsen, hat das Lyceum Alpinum in Zuoz besucht und an der Universität Bern und in den Vereinigten Staaten von Amerika Geschichte, Politikwissenschaft und Staatsrecht studiert. (rf)

Zala: Wir haben noch viel zu tun, das ist richtig. Der Halbkanton Appenzell Innerrhoden beispielsweise hat 5000 Einwohner weniger als Italienischbünden, wird aber ganz anders wahrgenommen: Weil der Halbkanton ein politisches Gebilde ist, hat er einen Ständerat und einen Nationalrat. Die Interessen der Appenzellerinnen und Appenzeller werden also national viel stärker wahrgenommen, obwohl die Bewohner eine viel geringere Integrationsleistung erbringen müssen. Wir Italienischbündner sind auf Bundesebene krass untervertreten – und in Graubünden auch. Hätten wir einen institutionellen Rahmen, der über die PGI hinausgeht, wäre unser Gewicht viel grösser. Institutionen stiften Zugehörigkeitsgefühl, da bin ich mit Iseppi einig.

Sie finden, es sei stossend, dass sich Bergeller vor deutschsprachigen Gerichten verantworten müssen. Eine Umfrage der Pädagogischen Hochschule Graubünden ergab aber kürzlich, dass man im Bergell mehr Deutschunterricht will. Das ist ja wohl nicht unbedingt ein Befund, den Sie sich so wünschen, Herr Zala?

Zala: Für uns ist es natürlich vital wichtig, dass wir uns integrieren. Im Bergell will man ja nicht Deutsch als Muttersprache fördern, sondern als erste Fremdsprache – das ist ein fundamentaler Unterschied! Die Kenntnis der Sprache des Nachbarn, die ist für uns von eminenter Bedeutung. Italienischbündner können ohne Deutsch nicht studieren, keine Matura ganz in Italienisch absolvieren. Darum stören uns auch die Debatten der Deutschbündner betreffend Englisch als erster Fremdsprache: Das Bildungssystem, wie wir es kennen, würde damit verunmöglicht. Wir Italienischbündner müssten damit nämlich zuerst sowieso Deutsch lernen und dann noch einen grossen Effort leisten, um in Englisch auf das gleiche Niveau zu gelangen wie die Deutschbündner, für die Englisch dann die erste Fremdsprache wäre. Im Schulwesen, halte ich die Sprachpolitik der Bündner Regierung für ausgewogen – ausser ein paar Punkte, die uns benachteiligen. Deutschbündner verkennen einfach unsere gewaltigen Integrationsbemühungen, welche wir täglich zu leisten haben, um im eigenen Kanton annähernd gleiche Chancen zu haben.

Man kann davon ausgehen, dass die Bevölkerungszahl im Bergell und im Calancatal weiter sinken wird: Die Täler Italienischbündens entvölkern sich.

Zala: Das ist unsere grösste Sorge. Obwohl die kantonale wie auch die nationale Politik bezeichnen das Rätoromanische als hochgradig gefährdet, das Italienische aber nicht.

Das ist es ja auch nicht.

Zala: Nein, die Sprache ist es nicht, Italienisch wird in Italien auch in 500 Jahren noch gesprochen werden. Ich bin aber sehr skeptisch, ob das in Graubünden auch der Fall sein wird. In Graubünden rechnet man damit, dass die Bevölkerungszahl in Südbünden bis 2030 um 25 Prozent sinken wird. Wir haben damit keine fundamental anderen Probleme als beispielsweise das Berner Oberland, auch dort gibt es eine Binnenmigration innerhalb des Kantons in Rich-

tung Hauptstadt. In Graubünden ist das aber hochgradig problematisch, weil die Italienischbündner zwar migrieren können, ihre Sprache aber nicht, denn in Chur redet man Deutsch. Die Zahl der Rätoromanen ist zwischen 1970 und 2000 um 28 Prozent gesunken, ihre Sprache gilt als gefährdet. Das Italienische hat im gleichen Zeitraum 25 Prozent verloren – und es gilt als nicht gefährdet. Das verstehe ich einfach nicht.

«Italienischbünden existiert!»

Italienischbündner wohnen heute nicht mehr in Italienischbünden, sondern in Chur, in Zürich – oder wie Sie, Herr Zala, in Bern.

Zala: Aber nicht nur, und genau das ist der Punkt. 1848 definierte man auf Bundesebene das Territorialitätsprinzip zur Neutralisierung der Sprachenproblematik, zusammen mit dem Föderalismus. Das waren grossartige Leistungen der Gründungsväter des Bundesstaates, um ein Gebilde zusammenzuhalten, welches damals höchst heterogen und instabil war. Dieses Prinzip hat hervorragend funktioniert in einer Gesellschaft, die eher statisch war.

Und jetzt funktioniert es nicht mehr?

Zala: Nein, es funktioniert nicht mehr, wir drohen in zwei Fallen zu geraten. Niemand ist zuständig für uns, das ist die «Föderalismusfalle». Wenn Italienischbündner ausserhalb von Graubünden leben, kümmert sich niemand um ihre Belange, zum Beispiel für Schulunterricht in der Muttersprache. Da verpasst der Bund einfach etwas: Mit wenig finanziellen Mitteln wäre es in den grossen Städten möglich, Kinder von Italienischbündnern zu perfekt zweisprachigen Fachleuten auszubilden. Hier verlangen wir mehr Einsatz.

Und die zweite Falle, in die Sie laufen?

Zala: Das ist die «Falle des Territorialitätsprinzips». Im 19. Jahrhundert war dieses Prinzip ein sehr guter Schutzschild, aber im italienischsprachigen Territorium sind wir – sprachlich betrachtet – gar nicht so sehr gefährdet, wie die eidgenössischen Volkszählungen zeigen. Es ist kein sprachliches Problem, sondern ein soziales, ein ökonomisches: In Italienischbünden sind viele gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Wir müssen uns also ernsthafte Überlegungen machen, wie wir einer aterritorial aufgefassen Italianità

in Graubünden gerecht werden können.

Die Welt ist global geworden, ob man das will oder nicht. Organisationen wie die PGI oder auch die Lia Rumantscha, die romanischen Sprachorganisationen, müssen sich rechtfertigen, wenn sie Geld vom Kanton wollen, sie müssen Leistungen erbringen.

Zala: Das ist tatsächlich ein Novum. Ich begrüsse das; von einem Almosendenken nach dem Giesskannenprinzip, wie man das in den Siebzigerjahren hatte, müssen wir Abschied nehmen, das ist überwunden. Mit dieser neuen Regelung wird nämlich sichtbar, was wir alles leisten, obwohl es eigentlich Aufgabe des Staates wäre. In den letzten 30 Jahren haben wir jeweils eine Art «Schmerzensgeld» erhalten, damit sich Bund und Kanton von ihren Aufgaben «freikaufen» konnten. Heute haben wir in der Sprachpolitik gesetzliche Grundlagen. Wir verlangen nun eine korrekte Umsetzung.

«Wir sind Graubünden, wir sind die Schweiz!»

Einst erhielten Sie ein «Schmerzensgeld» – und heute Geld für Leistung?

Zala: Ja, wir leisten kulturelle Arbeit im sprachlichen Sinn. Wir werden auch künftig den Grossteil der Gelder in Italienischbünden einsetzen; was wir ausserhalb davon tun, das ist politische Arbeit. Wir arbeiten im Europarat mit, wir haben eine Reihe von Publikationsprojekten, die die Zugehörig-

keit zu Graubünden fördern sollen: Seit 1918 publizieren wir beispielsweise den «Almanacco del Grigioni Italiano» für die ganze Bevölkerung, das schafft ein Zugehörigkeitsgefühl. Wir haben kürzlich damit begonnen, unsere freiwillig geleistete Arbeit in Zahlen zu erfassen. Allein in Graubünden schafft die PGI einen Mehrwert von rund 250 000 Franken. Wenn der Kanton zwei Franken in die PGI investiert, erhält er drei Franken zurück.

Sie stiften kulturelle Heimat für Italienischbündner – das mag angesichts der derzeitigen Orientierungslosigkeit ja sinnvoll sein.

Zala: Das ist sehr sinnvoll, ja. Das ist ja auch – erstaunlicherweise – das Moderne an unserer altmodisch erscheinenden Arbeit. Wir werden damit der Globalisierung gerecht; die PGI hat in Italienischbünden einen starken Rückhalt, wird auch manchmal kritisiert, aber sie ist mit ihren Aktionen greifbar – im Gegensatz zum Staat.

Die PGI trat an der Gehla in Chur mit einer Sonderschau auf. Ist das vielleicht die Zukunft? Sich an der Bündner Herbstmesse präsentieren, mit leicht musealem Touch? Wie man an der Olma in St. Gallen Schafe präsentiert?

Zala: Wir haben uns ganz bewusst für die Gehla entschieden, und zwar, damit man Italienischbünden kennen lernt und damit wir überhaupt sichtbar werden. Das Gros der Bevölkerung, der Bündner Bevölkerung, kennt uns nicht, nimmt uns nicht wahr: Dank der Gehla haben wir sehr positive Reaktionen erhalten.

Wie an der Olma: Alle finden die Schafe herzig.

Zala: Es ist mehr als das. Wir zeigen, dass wir ein konstitutiver Teil von Graubünden sind. Und wir zeigen weiter, dass Graubünden nicht einfach von Gott gegeben ist, sondern ein politisches Projekt von drei Gemeinschaften, welche politisch friedlich zusammenleben. Solche Gemeinschaften müssen aber, wie wir das in der Geschichte sehen, nicht ewig bestehen. Und darum muss man diese Gemeinschaft pflegen. Wir arbeiten viel für diese Integrations- und Kohäsionsleistung. Wir gehören nicht zu Graubünden, sage ich jeweils, und nicht zur Schweiz: Wir sind Graubünden, wir sind die Schweiz!

